



KINDERFÖRDERUNG GLEICHT SECHSER IM LOTTO

Große Aufregung herrschte auf der letzten Stadtvertretung im Jahr 2015. Bürgermeister Jesse informierte darüber, dass die AWO im Kindergarten „Villa Märchenland“ einen Anbau für Krippenkinder plane und diesbezüglich einen Förderantrag beim Landkreis eingereicht habe. Außerdem sollen endlich die notwendigen brandschutztechnischen Forderungen erfüllt werden, hier besteht schon seit Jahren Nachholbedarf. Doch gemäß Prioritätenliste des Landkreises erhält die Kindereinrichtung keine Zuwendung, zu groß ist der Investitionsrückstau im Bereich Kinderbetreuungseinrichtungen. Die veranschlagten Mittel in Höhe von 1,5 Mio. Euro reichen nicht einmal für die Förderung von einem Sechstel der rund 50 beantragten Projekte.

Sofort schalteten einige Stadtvertreter auf Betroffenen. „Wir brauchen Kinder, da müssen wir investieren!“ oder „Es geht um die Sicherheit unserer Kinder!“, wie auswendig gelernte Standardprüche klangen ihre Aussagen.

Dabei ist die kinderfeindliche Politik, auch die der Vertreter der Altparteien im Stadtparlament, schuld an den Zuständen in dieser Republik.

Mathias Panhey zeigte sich verärgert über die seiner Meinung nach praktizierte Heuchelei: „Auf der einen Seite ist für die Renovierung und den Neubau von Asylantenheimen genügend Geld vorhanden. Doch für die eigenen Söhne und Töchter hat Vater Staat nichts übrig. Diese Ungleichbehandlung ist schon grotesk. Wer die Gesundheit unserer Kinder aufs Spiel setzt, nur um einige Euro einzusparen, hat weder in der Verwaltung noch in der Politik etwas zu suchen.“

Übrigens: Die Eggesiner NPD-Fraktion richtete auch zu dieser Thematik in Zusammenarbeit mit dem Landtagsabgeordneten Tino Müller eine Drucksache an das Schweriner Innenministerium. Mit dieser soll der Druck auf die Fördermittelgeber noch einmal deutlich erhöht werden.

KURZ & KNAPP

Nachrichten aus der Eggesiner Stadtvertretung

Frühjahrsausgabe 2016



ACHTUNG: KINDERSCHÄNDER!

Im Juli 2014 kam es in der Lindenstraße zu einer Hausdurchsuchung bei einem 28-Jährigen. Die Systempresse berichtete zwar über Vermutungen und Gerüchte, eine abschließende Information blieb aber aus.

Da weder Politik noch Presse für eine lückenlose Aufklärung sorgten und der Verdacht von kinderpornographischen Delikten im Raum stand, ging die NPD der Sache auf den Grund. In Zusammenarbeit mit dem Landtagsabgeordneten Tino Müller trug die NPD-Stadtfraktion diesen Sachverhalt als Anfrage im Schweriner Landtag vor.

Die Antwort ist erschreckend. Das Amtsgericht Pasewalk verurteilte den Beschuldigten wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern in vier Fällen.

Da Sexualstraftäter in diesem System bekanntlich die eigentlichen „Opfer“ sind, fiel die Strafe äußerst mild aus. Der Täter wurde zu 1 Jahr und 9 Monaten verurteilt. Unglaublich: Die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.

NPD-Mann Schentz sagte hierzu Folgendes:

„Es ist eine bodenlose Frechheit, dass dem Bürger solche unliebsamen Gegebenheiten vorenthalten werden. Aus Sicherheitsgründen fordern wir von der NPD, ein Register online zu stellen, in dem bekanntgemacht wird, wo sich solche gestörten Gestalten aufhalten.“



Darüber hinaus verlangen wir härtere Strafmaßnahmen und eine Volksabstimmung. In dieser soll darüber abgestimmt werden, ob die Todesstrafe als Höchstmaß für solche Delikte gesetzlich festgeschrieben werden soll. Es kann nicht sein, dass solche Taten von der Presse verschwiegen, die Täter von der Politik geschützt und von der Justiz gestreichelt werden!“



500 EURO BEGRÜSSUNGSGELD

Durch den Zuzug von Asylanten entstehen den Aufnahmekommunen keine weiteren Kosten. Diese in Politik und Pinocchio-Prese weitverbreitete Behauptung ist eine Lüge. Eine Anfrage der örtlichen NPD-Fraktion brachte es ans Tageslicht. Im Jahr 2015 zahlte unsere Stadt, trotz des riesigen Schuldenberges, knapp 15.000 Euro für die Bewirtung der sogenannten „Fachkräfte“ und „Kulturbereicherer“.

Als die Nationalen eine Einführung eines Begrüßungsgeldes forderten, lehnten die Altparteien hochnäsigen ab. Angeblich sei kein Geld vorhanden.

Man misst hier also mit zweierlei Maß. Für die eigene Bevölkerung ist kein Geld vorhanden, für die Asylanten hingegen schon.

Im vergangenen Jahr wurden in Eggesin rund 30 Kinder geboren. Rechnet man die verausgabten 15.000 Euro auf die Kinder um, hätte man damit ein stattliches Begrüßungsgeld in Höhe von 500,- Euro pro Kind auszahlen können.

Da fällt einem die alte Weisheit ein: „Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber“.

VERDOPPLUNG DER ASYLZAHLEN 2016

Im Bericht der Verwaltung, vom 03. März diesen Jahres, gab Bürgermeister Jesse (CDU) bekannt, dass sich derzeit 119 Asylanten verteilt auf 16 Wohnungen in der Max-Matern-Straße und Am Bahnhof in Eggesin aufhalten.

Diese Anzahl der von 2013 bis 2015 in Eggesin einquartierten Asylanten soll sich im Jahr 2016 noch einmal verdoppeln. Denn laut Verwaltung sind in diesem Jahr 120 neue „Fachkräfte“ zu erwarten. Jesse rechnet allerdings damit, dass sich diese Zahl noch nach oben verschieben wird.

Der Landkreis, unter Regie von Syrbe (LINKE), drängt die Gemeinden, weitere Asylanten

(größtenteils Wirtschaftsflüchtlinge) aufzunehmen.

Insgesamt würden sich demzufolge Ende 2016 mindestens 240 Asylforderer in Eggesin befinden. Hört sich nicht viel an, macht aber 5 Prozent der hier lebenden Bevölkerung aus. Seitens der Stadtverantwortlichen spürt man keine Gegenwehr, alles wird schweigend hingenommen, bis wir Deutschen eines Tages in der Minderheit sind.

Die NPD fordert den Bürgermeister auf, endlich Rückgrat zu beweisen und dem nicht abreißen lassen Asylzustrom in unsere Stadt einen Riegel vorzuschieben.

WAS DER NORDKURIER SO ALLES (NICHT) SCHREIBT

Thomas Krause, kürzlich mit dem Gesetz in Konflikt geraten, schrieb im Nordkurier, dass die Eggesiner Stadtvertreter dem Haushalt für das Jahr 2016 zustimmten. „Was anderes blieb ihnen wohl auch nicht übrig“, so Krause wörtlich.

So schnell entstehen Halbwahrheiten, oder weiß Krause es einfach nicht besser? Es blieb sehr wohl etwas anderes übrig. Denn wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Die NPD-Fraktion lehnte den Etat für 2016 konsequent ab, und das hat einen triftigen Grund.

Ob Grundsteuer, Garagen- und Gartenpacht oder Hundesteuer, in den letzten Jahren überschlugen sich die vonseiten der Stadt diktierten Erhöhungen. Auch der Haushalt 2016 steht dem in nichts nach. Dem Wähler soll noch tiefer in die Tasche gegriffen werden.

NPD-Stadtvertreter Henry Schentz: „Uns bleibt nichts anderes übrig, irgendwie müs-

sen wir uns vor der Zwangsverwaltung retten, das sind die Aussagen der etablierten Schreihälse, bevor sie ihren Arm für die dreisten Gebührenerhöhungen heben. Voller Eifer werden dazu noch sogenannte Haushaltssicherungskonzepte entwickelt, in denen die Sparvorschläge der nächsten Jahre festgeschrieben werden.

Die Politiker erhöhen eine Gebühr nach der anderen, obwohl sie wissen, dass all diese Abgaben auch in den nächsten Jahren zu keinem ausgeglichenen Haushalt führen werden.

Kein Stadtvertreter ist gezwungen, dem Zwangshaushalt zuzustimmen und damit das öffentliche Gemeindeleben mit Füßen zu treten. Nur eine konsequente Ablehnung wird die Bonzen in Schwerin zum Nachdenken bewegen.“

All das stand nicht im Nordkurier! Wer nur die halbe Wahrheit sagt, der lügt!

